



Zeitung der Grünen Hochschulgruppe Göttingen

# GrünPhase

*Die Alternative*

## AStA-Sponsor rassistisch

Eigentlich schon bezeichnend genug, dass nach Aussage des AStAs (Exekutive der Studierendenvertretung) vor dem Studierendenparlament nur ein einziger Anzeigenkunde für die AStA-Zeitung „revista“ und das ADF Postillchen „Wadenbeißer“ akquiriert werden kann: der „Gipfel des Vergnügens“, das Alpenmax.

Schon seit längerem als rassistisch bekannt, liegen nun erneut zwei Vorwürfe gegen besagte Diskothek vor. Einem 18-jährigen dunkelhäutigen Göttinger Abiturien-

ten wurde der Eintritt verwehrt, während seine gesamte Clique weißer Hautfarbe problemlos von den Türstehern vorbeigelassen wurden. Die Wochenzeitung der „Blick“ berichtete gar auf der Titelseite. Die SPD-Ratsfraktion will prüfen lassen, ob das Alpenmax rechtmäßig betrieben wird; der AStA hängt unterdessen an seinem Werbevertrag. Er wolle als öffentliche Instanz niemanden vorzeitig verurteilen. Wäre eine Vertragsbeendigung eine Verurteilung? Und ist eine Kündigung des Anzeigenverhältnisses nicht spätestens jetzt angebracht, da auch einem Spanier im Beisein einer Göttinger Tage-

blatt Reporterin der Zutritt auf Grund seiner Nationalität verwehrt wurde?

Der Göttinger Ortsverband der NPD unterstützt das Alpenmax auf seiner Homepage, indem er seine Empörung über die Vorwürfe verkündet und gleichzeitig ausländische Mitmenschen beschimpft. So vermitteln zu viele dunkelhäutige

Menschen laut der NPD das „bedrohliche Gefühl“, als **D e u t s c h e r** „fremd zu sein“; hier werden Menschen allein aufgrund ihrer Hautfarbe fatalerweise als Gefahr bezeichnet. Auf weitere Ausführungen können wir wohl verzichten.

Eine deutliche

Stellungnahme und Distanzierung des AStAs und anderer vom Alpenmax gesponserter Uni-Gruppen zu solchen Aussagen ist absolut unabdingbar. Finanziell hätte die AStA-Revista mit einem Haushaltsposten von 34.000 Euro „Druck und Buchbindeeinheiten außer Haus“ jedenfalls kein Problem, unabhängig von Drittmittelwerbungen zu publizieren.

Und auf Werbung von Betrieben, deren Angestellte sich rassistisch verhalten, ist sowieso zu verzichten. Es darf keine Toleranz und keine Kollaboration mit rassistischen Strukturen in Göttingen und anderswo geben!



@ Ausgabe Nr. 20/ Juli 2005

## Editorial

**Liebe Freunde, liebe Feinde, liebe Neugierige und liebe Kritikerinnen,**

hier ist sie wieder, eine neue Hochschulzeitung auf grünem Papier. Viel ist passiert, siehe zum Beispiel Demoberichte von Castortransporten (S. 7) und Nazi-aufmärschen (S. 3); viel ist nicht passiert, zum Beispiel außerordentliche Aktivitäten oder auch nur direkte inhaltliche Stellungnahmen des AStA, siehe nebenstehenden Artikel und natürlich unsere schöne Rubrik „Perversion des Parlamentarismus“...

Etwas wird passieren: Alle unsere LeserInnen werden auf Ökostrom (S. 5) umsteigen, laut GHG-Praxistest per Internet möglich in nur 39 Sekunden. In Worten: Neununddreißig Sekunden!

Also: bei grüner Ampelfrau geht's los. Viel Spaß beim Lesen!

*Eure Grüne Hochschulgruppe.*

nicht vergessen:

## VG-Party

von GHG, Juso-HSG  
und FG Sowi

## Mittwoch 06.07.

### Impressum:

GrünPhase - Die Alternative ist die Zeitung der Grünen Hochschulgruppe Göttingen, Goßlerstraße 16a, 37073 Göttingen. V.i.S.d.P.: Ch. Hornikel

www.ghg-goettingen.de  
e-mail: info@ghg-goettingen.de

# Stell dir mal vor: Es ist Protest gegen Studiengebühren und keiner geht hin...

Studiengebühren sind abzulehnen, ob nun aus bildungspolitischen und/oder sozialpolitischen Gründen. Soweit besteht einigermassen



Konsens innerhalb der Studierendenschaft. Wieso haben wir dann aber bisher in Sachen Protest eher einen verregneten Frühling, denn eines Summer of Resistance erlebt?

Das bisherige Ausbleiben studentischen Widerstandes ist zu einem Teil auf die allgemeine politische Lage zurückzuführen. Weswegen gegen Studiengebühren protestieren, wenn sich die Bundespolitik, so der Medienjubiläum, bald in ein bafögfressendes und studiengebührensputzendes Monster wandelt? Dem kann nur entgegengehalten werden, dass die Universitäten und damit auch wir Studierenden in der Pflicht stehen, den gesellschaftlichen Diskurs als treibende Kraft voranzubringen. Wenn wir, und da sind sich viele hochschulpolitischen Gruppen einig, Studiengebühren aus allgemeinen (und nicht aus egoistischen) Gründen ablehnen, haben wir die Verantwortung die politische Debatte zu beeinflussen.

Ein weiterer Motivationsdämpfer ist für viele die Suche nach den geeigneten Protestformen für Studierende. Viele erinnern sich an einen zwar kreativen, spaßigen, aber auch verdammt anstrengenden Unistreib im Jahr 2003, der banal gesagt nahezu nutzlos war.

Die Politik hat sich angesichts einer gesellschaftlich isolierten Studierendenschaft ins Fäustchen gelacht und den Rotstift geschwungen. Wie, wenn nicht kreativ, engagiert und mit sämtlichen Argumenten im Rücken, soll sich denn sonst durchgesetzt werden? Viele resignieren nach dem Motto „bringt eh nichts“, ein paar schleppen sich trotzdem, gemäß der obenstehenden Pflicht, zu ein paar Demos hin, andere träumen den ihrer Meinung nach letzten richtig erfolgreichen Studierendenprotesten nach, wieder andere haben totale Berührungsängste mit



den zu erwartenden Auseinandersetzungen. Und die meisten sind wahrscheinlich uninteressiert und ziehen ihr Studium durch. Dieses gilt für viele Unis deutschlandweit. Wieso haben wir dann einen großen studentischen Protest in Hamburg, Freiburg, Regensburg usw., nicht jedoch in Göttingen?

Hierfür hilft es vielleicht, die spezielle Situation in Göttingen zu beleuchten. Ein Grundstein über die Ausgestaltung der Proteste wurde mit der Uni-Wahl gelegt. Nur ein AStA kann die richtige Man- und Womanpower für einen ausreichenden organisatorischen Hintergrund der Proteste gewährleisten, schließlich werden die Mitglieder bezahlt und sind vom Studium befreit. Im Januar wurde von den Studierenden mit fast der Hälfte der Stimmen die ADF in den AStA gewählt. Die ADF brauchte aber einen Juniorpartner.

Billig und willig war der RCDS. Diese Koalition war im Hinblick auf die im Sommer erwarteten Proteste eine bewusste politische Entscheidung. Der RCDS-Bundesverband spricht sich für Studiengebühren aus. Außerdem ist der ADF-Partner mehr als CDU-nah; denkbar ungünstig, wenn es darum geht einen Protest gegen eine christdemokratische Landesregierung zu organisieren. Nicht zuletzt besteht der RCDS zur Hälfte aus Ultra-Burschis der Holzminde und ist damit für viele Studierende zu Recht untragbar - keine guten Voraussetzungen für einen breiten, solidarischen Protest.

Eine erfolgreiche politische Bewegung (und diese müssen wir werden, wollen wir die Studiengebühren verhindern) erfordert unsere gesamte Bandbreite: kreative Proteste, entschlossener Widerstand und einen bürgerlichen Rückhalt dafür. Genauso wichtig wie diese vertikale Solidarisierung innerhalb der Studierenden ist die horizontale: Nur eine breite gesellschaftliche Solidarisierung (etwa ein Eintreten für Lehrmittelfreiheit



oder kostenlose Kita-Plätze) lässt uns nicht als einseitige Interessengruppe erscheinen. Daraus folgt jedoch nicht, dass wir Studierende uns als homogene

Gruppe auffassen müssen. Diskussionen und Dispute wird es immer geben. Trotzdem muss dabei ein gewisser Rahmen der Auseinander-



setzung eingehalten werden; Szenen wie auf der letzten Demo sind überflüssig und nützen niemandem.

Klar ist auch, dass Grundregeln für einen Protest gelten müssen. Wie im letzten Jahr, als viele Organisatoren die NPD von Hartz IV Demos ausschlossen, hieß es für die

Norddemo in Hannover und sollte es auch in Göttingen heißen: Keine Bühne für Rechtsextreme, deswegen keine pflichtschlagenden und farbentragenden Burschis. Dass die ADF damit ein Problem hat (siehe letzten Wadenbeißer: die Fabel vom Fliegenfänger und dem Skorpion), ist ein Problem der ADF,

aber nicht der normalen Studierenden.

Bleibt für uns die Hoffnung, dass der Protest im Herbst, wenn die Entscheidung ansteht, wieder ins Laufen kommt. Erste Initiativen, wie die SAU (Studierende für eine aktive Uni) oder die Norduni Aktiv, sind dabei der richtige Anfang.

## Wasserwerfer demnächst auch gegen Hakenkreuze?!

### Naziaufmärsche können verhindert werden - sofern es gewollt ist

Nürnberg, Berlin, Jena, Braunschweig, alles schöne Städte, die es sich im letzten Monat für uns anzugucken lohnte. Jedoch haben wir diese Deutschlandtour nicht wegen unserer schönen Heimat gemacht (oder gerade doch?), sondern weil getreu dem Motto „Dummheit stirbt nicht aus, sondern marschiert“ die Ewiggestrigen zu einem Aufmarschmarathon mobilisiert haben.

Geschützt wurde das Verbrechen, das sich Meinung schimpft, hierbei von einem stattlichen Polizeiaufgebot. Allein in Berlin kamen 9000 Polizisten zum Einsatz. Trotz vorher von Otto flugs geänderten Versammlungsrechten wollte die NPD am 8. Mai und am Tag der Eröffnung des Holocaustdenkmals Deutschland und seine

Opfer unter dem Motto „Schluss mit dem Schuld kult“ provozieren und durch Berlin marschieren. Dieses wurde jedoch von einem breiten Bündnis aus AntifaschistInnen und TeilnehmerInnen des Festes der Demokratie verhindert, die alle Brücken über die Spree blockierten. Dabei verhielt sich die Polizei größtenteils äußerst umsichtig und bedankte sich am Ende noch bei den Blockierern. Komisch nur, dass

sich die Einsatzkräfte auf den übrigen Demonstrationen, als es nicht die internationale Medienaufmerksamkeit des 8. Mai gab, nicht so friedlich gezeigt haben. In Nürnberg etwa wurde den Nazis nur eine Woche vorher der Weg mit Gewalt freigeräumt. Für Punker im Kindesalter gab es Tränengas, auf friedliche DemonstrantInnen wur-

ungleichen Verfahrensweise ärgerten, sie seien in Berlin instrumentalisiert worden, oder hätten „Deutschland das Gewissen rein-gewaschen“. Trotzdem zeigt uns gerade das Beispiel Berlin: Naziaufmärsche sind durch ein breites Bündnis zu verhindern, so es denn den politischen Willen dafür gibt. Dieser muss überall und jederzeit eingefordert werden!

Wenn sich eine um ein mehrfaches größere Gegendemonstration den NPD-Marschierern in den Weg stellt, ist ein deutliches Zeichen gesetzt: Keine Toleranz gegenüber Intoleranten, kein fußbreit Straße den Faschisten.



#### Naziaufmarsch am 29.10. in Göttingen

Auch in Göttingen können wir dieses Zeichen setzen. Für den 29.10.05 hat die NPD einen Aufmarsch in

den Hunde gehetzt und für Nazis gab es freie Autobahn. Auch in anderen Städten, wie zuletzt in Braunschweig, als friedliche Blockaden vornehmlich aus SchülerInnen und StudentInnen mit Wasserwerfern und Schlagstöcken aufgelöst wurden, ist die Polizei nicht davor zurückgeschreckt, den Naziaufmarsch mit Gewalt durchzusetzen.

Verständlich, dass viele GegendemonstrantInnen sich bei dieser

Göttingen angemeldet. Dabei sollten wir nach Jena schauen, wo der dortige StuRa (anderer Name für AStA) über 8000 Leute mobilisiert und ein Konzert verschiedener Nazibands aus der Innenstadt verboten hat. Unwahrscheinlich allerdings, dass unser AStA ähnlich handelt; unser AStA, der auch von Mitgliedern der Burschenschaft Holzmindia getragen wird, die schonmal Vertreter der örtlichen NPD zu ihren Vorträgen einlädt.

# Ratlosigkeit, falsche Hoffnungen und präsidiale Unfähigkeit

## Impressionen von Uni-Präsident Kurt v. Figura

Am 31. Mai war der Präsident der Universität Göttingen, Prof. Kurt von Figura, zu Gast im Studierendenparlament um den studentischen VertreterInnen Frage und Antwort zu stehen. Wir haben für euch die Aussagen des Universitätspräsidenten kurz zusammengefasst, damit ihr euch selbst eine Meinung bilden könnt:

**Studiengebühren** sollen in Niedersachsen in einer dreijährigen Probephase in Höhe von 300-500 Euro pro Semester erhoben werden. Danach können die Universitäten selbst über die Höhe entscheiden. Göttingen wird Studiengebühren einführen. Die Einnahmen in Höhe von ca. 20 Mio. Euro im Semester seien unabhängig davon zu beurteilen, dass in den

letzten Jahren 50 Mio. Euro gekürzt wurden. Auch seien Studiengebühren unabhängig davon sinnvoll, ob die Landesregierung weiter kürzen werde oder nicht. Es werde allerdings versucht mit der Landesregierung eine Einigung über den Etat bis 2011 zu erreichen. Wenn Haushaltsnotlagen-situationen - etwa durch Steuerausfälle - eintreten, könnten sich solche Abmachungen allerdings als nicht haltbar erweisen. Die Studiengebühren sollen zum Teil direkt an die jeweiligen Fakultäten gehen und auch eine unterschiedliche Höhe je nach Studiengang sei denkbar, um den Wettbewerb über Preis und Qualität zu erhöhen. Falls man die Qualität der Lehre nicht verbessere, sei eine weitere Verschlechterung von Göttingen in Hochschul-Rankings möglich.

Eine **soziale Selektion** durch Studiengebühren sei nicht zweifelsfrei bewiesen. Die Situation ist im übrigen auch ohne Studiengebühren schon schlimm. Pläne, hier zu Verbesserungen zu kommen, existieren aber auch nicht. Die jetzige Finanzierung durch Steuern auf untere und mittlere Einkommen empfindet von Figura als ungerecht, mag sich aber zu

einer anderen Steuerpolitik nicht äußern. Durch die Einführung von Bewerbungsgesprächen erwarte die Uni trotz Untersuchungen mit gegenteiligen Ergebnissen, keine weitere Verschärfung der sozialen Selektion.

Die **Abbrecherquote** soll gesenkt werden, allerdings stehen für eine bessere Betreuung keine Mittel zur Verfügung. Es wird erhofft, dass eine gewisse Ausweitung von studentischen Tutorien erreicht werden kann. Zum Beispiel durch die geplante Vergabe von Kreditpunkten (statt Bezahlung) an TutorInnen, da auf diese Weise kostenlos studentische Tutorien organisiert werden können.

Auch sollten verstärkt **Drittmittel** (20 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich) eingeworben werden. Wie dies geschehen soll ist noch offen. Auf keinen Fall soll die Forschung weiter gekürzt werden, um die Lehre aufrechtzuerhalten. Stattdessen sollen Zulassungsbeschränkungen verstärkt werden.

Die Zahl der **Masterstudierenden und Promovierenden** soll erhöht werden um aus Göttingen eine Eliteuniversität zu machen. Andere Universitäten müssten dann mehr Bachelorstudierende übernehmen. Mensch erhofft sich, dass die Universität Göttingen schon jetzt attraktiv genug ist um mehr Studierende in diesen Bereichen anzuziehen. Die Finanzierung der Promotionsstudiengänge ist nur für die ersten 5 Jahre durch eine Anschubfinanzierung des DAAD sichergestellt. Für die Zeit danach besteht noch Unklarheit. Die genaue Ausgestaltung der ge-

planten **Kinderkrippe** der Universität und der Zeitpunkt ihrer Einrichtung sind noch unklar. Diese soll aber wohl nicht gemeinsam mit dem Studierendenwerk erfolgen, da das Studiwerk Göttingen durch die landespolitischen Planungen in seiner Existenz bedroht ist.

Zu dem uniweiten **Plakatierverbot** wollte sich die Uni-Leitung nicht äußern. Die längeren Fristen bei Raumanträgen für studentische Projekte kämen durch eine genauere Prüfung zustande und von den höheren Mieten für studentische Parties hatte der Präsident keine Kenntnis.

Die Umstellung aller Studiengänge auf **Bachelor und Master** soll möglichst schnell erfolgen. Die Fakultäten entwerfen die entsprechenden Programme. Die Bachelorstudiengänge sollen breit gehalten sein und die Masterstudiengänge eine Spezialisierung ermöglichen. Der Bachelor soll generell 6 und der Master 4 Semester Regelstudienzeit aufweisen. Die Vergleichbarkeit der Abschlüsse, die im Bologna-Prozess vorgesehen ist, soll durch Akkreditierung der Studiengänge überprüft werden, obwohl dies nicht die zentrale Aufgabe der Akkreditierungs-

agenturen ist: Diese prüfen ob der jeweilige Fachbereich die entsprechenden Studienleistungen auch anbieten kann.

**Polizeieinsätze** bei Protesten gegen Studiengebühren „sollen wenn möglich vermieden werden“.

Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der **Situation von Frauen** in Pro-

motion und Habilitation seien nicht geplant. Es zeichneten sich bereits Verbesserungen ab und weiterer Handlungsbedarf bestehe nicht.



# Umstieg auf Ökostrom? - Nichts leichter als das!

## Der GHG-Praxistest und Preisvergleich zeigt, wie einfach es ist

Es ist schon erstaunlich: Obwohl 80% der Deutschen erneuerbare Energien befürworten und 65% gegen Atomkraftwerke sind, beziehen nur etwa 3% der Haushalte ihren Strom von umweltfreundlichen Anbietern. Der Wechsel wird für zu kompliziert gehalten und Ökostrom gilt als teuer. Zunächst ist es interessant, mehr über die Vor- und Nachteile der verschiedenen regenerativen Energieformen zu erfahren:

### Wasserkraft

- Die Einspeisung ist zuverlässig
- niedrige Betriebskosten - günstiger Ökostrom
- Das Potenzial ist in Deutschland schon fast ausgeschöpft (3,7% von 4,1%)
- Neubauten sind aus Naturschutzgründen bedenklich

### Windkraft

- deckt z.Zt. 4,4% des Strombedarfs
- Offshore (Windparks auf dem Meer) haben noch ein großes Potenzial
- nicht ständig verfügbar
- „Verspargelung“ der Landschaft

### Solarenergie

- deckt z.Zt. nur 0,1% des Strombedarfs
- großes Potenzial, technisch noch Entwicklungsbedarf
- z.Zt. noch nicht wirtschaftlich

genug, besonders in sonnenarmen Gebieten

- nicht ständig verfügbar
- benötigt zwar viel Platz; ist aber z.B. auf Dächern vorhanden

### Biomasse

- deckt z.Zt. 0,9% des Strombedarfs, noch großes Potenzial
- Anbau von Biomasse ist leider flächenintensiv

### Tiefengeothermie

- deckt z.Z. weniger als 1% des Strombedarfs, bis zu 34% sind möglich
- häufig tiefe Bohrungen nötig
- nur an wenigen Orten in Deutschland möglich

Die herkömmlichen Formen der Energiegewinnung, die heute den Großteil des Strombedarfs decken, sind auf Grund der bekannten Kritikpunkte über kurz oder lang untragbar.

Greenpeace hat in seinem „Greenpeace Magazin“ (Ausgabe Mai-Juni) diejenigen Ökostrom-Anbieter getestet, die bundesweit liefern und sie mit den 5 wichtigsten herkömmlichen Stromanbietern verglichen. Untersucht wurden auch weitere Kriterien, die auf der Suche nach dem „saubersten“ Strom entscheidend sind, u.a.:

- ob durch den Anbieter der CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert wird
- ob er neue, umweltfreundliche

**Links und Quellen**

**Ökostromanbieter:**

- Lichtblick: [www.lichtblick.de](http://www.lichtblick.de)
- Elektrizitätswerke Schönau („Rebellenstrom“): [www.ews-schoenau.de](http://www.ews-schoenau.de)
- Greenpeace energy: [www.greenpeace-energy.de](http://www.greenpeace-energy.de)
- Naturstrom: [www.naturstrom.de](http://www.naturstrom.de)
- Die Strommixer: [www.die-strommixer.de](http://www.die-strommixer.de)

*Tipps zum Stromsparen und das Greenpeace Magazin:*

<http://www.greenpeace-magazin.de/spezial/spartipps/>

- Kraftwerke errichtet
- ob er auch Fotovoltaik einsetzt
- ob er Kraft-Wärme-Kopplung einsetzt
- ob die Firma Transparenz bietet, also über ihre Kraftwerke informiert
- ob der Anbieter unabhängig von den großen Atom- und Kohlestromkonzernen ist

Das Ergebnis: Viele Ökostrom-Anbieter sind etwa gleich oder nur unwesentlich teurer als die Strommultis. Zudem garantieren Ökostrom-Anbieter Teile des Strompreises für Investitionen in regenerative Energien und engagieren sich darüber hinaus auch in anderen Klima- und Umweltschutzprojekten (Lichtblick unterstützt z.B. Projekte zum Schutz des Regenwaldes).

Übrigens: Der Wechsel zu einem Ökostromanbieter ist mitnichten kompliziert! Das Onlineformular ist bei den meisten Anbietern nur wenige Klicks von den Onlineangeboten entfernt und das Ausfüllen ist schnell und einfach. Ein GHG-Tester brauchte nur 39 Sekunden. Den ganzen Papier- und Formalkram übernehmen die Anbieter selbst.

Anbieter:	1 Person Whg. (1300k Wh pro Jahr)	2 Personen Whg. (2500k Wh pro Jahr)	4 Personen Whg. (3500k Wh pro Jahr)
Lichtblick	311,60 € (25,96)	522,80 € (43,56)	698,80 € (58,23)
Elektrizitätswerke Schönau	307,80 € (25,65)	531,00 € (44,25)	717,00 € (59,75)
Greenpeace energy	333,40 € (27,78)	554,20 € (46,18)	738,20 € (61,52)
Die Strommixer	324,00 € (27,00)	513,00 € (42,75)	675,00 € (56,25)
EAM (Basis)	294,71 € (24,56)	494,39 € (41,20)	660,79 € (55,07)

Die Strommixer: Rabatt im ersten Jahr mit einberechnet.  
 Elektrizitätswerke Schönau: mit Sonnencent von 0,5 Cent pro kWh  
 Angaben in Klammern sind pro Monat

*Also ran an den Wechsel!*

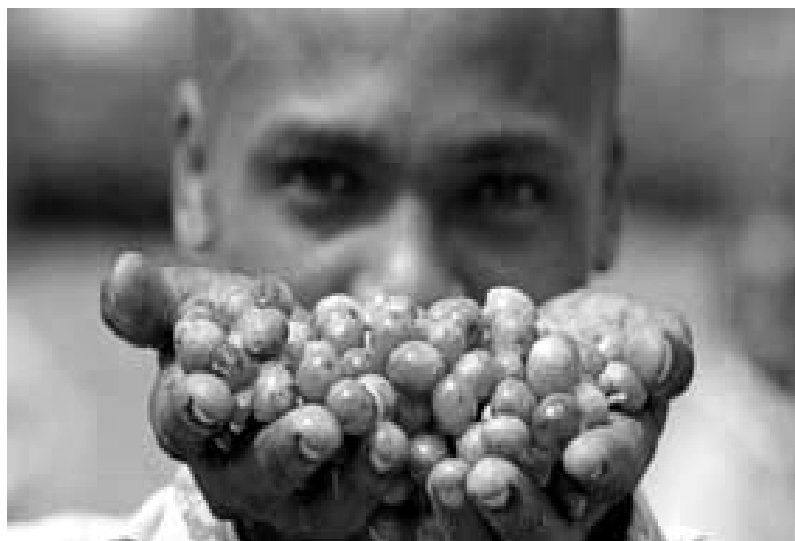
# GHG deckt auf: Studierendenwerk täuschte Kunden

## Aktionen der GHG zur Wiedereinführung von fair gehandeltem Kaffee

In den letzten Jahren hat sich der Kaffeepreis halbiert und ist damit auf ein historisches Tief gefallen - mit drastischen Auswirkungen für die Produzenten. Grund hierfür ist ein neuer Stern am Kaffeehimmel: Vietnam ist mit Unterstützung der Weltbank als neuer Produzent in die Kaffeeproduktion eingestiegen. Durch Lohndumping, Missachtung ökologischer Folgen, einer rigorosen Enteignung der indigenen Bevölkerung und einer kräftigen Geldspritze durch die Weltbank in die örtliche Infrastruktur kann Vietnam besonders günstig herstellen. Die Nachfrage konnte das Mehr an Kaffee nicht aufnehmen und so fiel der Kaffeepreis stetig. Ein Großteil der Kaffee-Produzenten besteht aus kleinbäuerlichen Strukturen. Durch die neuen Kaffeepreise lohnt sich oftmals der Anbau nicht mehr, gesamte Landstriche verarmen, die rurale Bevölkerung flüchtet in die Slums der Megastädte. Auch für uns hat der Preisverfall negative Folgen: Zum einen wird die Arbeit der Entwicklungspolitik der letzten Jahre in vielen Ländern zunichte gemacht, die gerade auf kleinbäuerliche Strukturen gesetzt hat, zum anderen wird in einigen Ländern wie Ko-

lumbien der Anbau von Kokasträuchern und Schlafmohn extrem ausgedehnt - Rauschgifte die irgendwann in den Industrienationen landen.

Durch fairen Handel kann ein großer Teil des Kaffeeproblems abgemildert werden. Hierbei wird den Erzeugern ein höherer Anteil des



Kaffeepreises zugesprochen, außerdem werden langfristige Verträge abgeschlossen und gezielt Projekte ländlicher Räume unterstützt. Die Abnahme erfolgt oft über örtliche Genossenschaften, so dass es nicht zu einer Konkurrenz innerhalb des Dorfes kommt. Dabei kostet Transfair-Kaffee nur minimal mehr als herkömmlicher, obwohl durch den noch geringen Marktanteil die operativen Kosten höher sind. Grund sind die geringeren Gewinnspannen mit denen Anbieter von fair gehandeltem Kaffee arbeiten.

Wieso unterstützt also das Studierendenwerk unserer Universität so ein gutes Projekt nicht mehr? Bis 1998 bezog die Universität Transfair-Kaffee. Dieser wurde jedoch durch Industriekaffee ersetzt, ohne die Öffentlichkeit zu informieren. Im Gegenteil: Erst auf Hinweis der Grünen Hochschulgruppe wurde im Januar ein Hin-

weis von der Studiwerks-Homepage genommen, der sagte, das Studierendenwerk schenke seit 1993 fair gehandelten Kaffee aus. Die Entscheidung für Industriekaffee wurde angeblich auf Grund des Geschmacks und auf der Basis eines Geschmacks-Blindtests getroffen - an dem immerhin die Vorstandsmitglieder beteiligt wa-

ren. Eine öffentliche Debatte oder eine Umfrage unter den Studierenden gab es nicht. Dass die Geschmacksdebatte hinfällig ist, hat die Kaffee-

aktion der Grünen Hochschulgruppe im ZHG gezeigt, bei dem dem fair gehandelten Kaffee durchweg ein angenehmeres Aroma als dem Mensagetränk zugestanden wurde.

Auch die Satzung des Studiwerkes stellt kein Problem bei der Einführung von Fair-Trade Kaffee dar. Laut dieser hat das Studiwerk eine soziale Aufgabe zu erfüllen und unterliegt nicht nur den Prinzipien der Profitmaximierung. Zumal eine Tasse fair gehandelter Bio-Kaffee nur geringfügig bis gar nicht teurer als das derzeitige Getränk sein muss.

Das Problem ist eher fehlender politischer Wille, sich für dieses Thema ernsthaft zu engagieren und eine moralisch richtige Entscheidung zu treffen. Dabei wäre fair gehandelter Kaffee auch im Interesse des Studierendenwerks auf seiner Jagd nach mehr Prestige und der Auszeichnung des Goldenen Tablets.

### Heimliche Kürzung

Die Landesregierung hat entdeckt, dass sie nicht per Gesetz dazu verpflichtet ist, die Essen in der Klinikum-Mensa zu bezuschussen. Grund: Da die Küche im Klinikum auch Essen für Patienten und Personal kocht, gehört sie nicht zum Studiwerk. Nun gibt's für die Medizin Studis Stamm-Essen nur noch zum teuren MitarbeiterInnenpreis oder in der Nordmensa.

Finden wir inakzeptabel. Geringer Trost: Etwas Bewegung hält ja laut irgendeinem Sprichwort gesund...

# „Ihre Versammlung wird hiermit aufgelöst. Leisten Sie keinen Widerstand!“

## Zweitausendundvierzig Kilometer Atommülltransport durch Deutschland



Castortransporte gibt es nicht nur einmal im Jahr. Es gibt sie auch nicht

nur nach Gorleben. Und seit neuestem gibt es sie auch nicht nur auf der Schiene. Zwischen dem 30. Mai und 13. Juni gab es drei Transporte, die jeweils rund 680 km Autobahn durch die ganze Republik fuhren. Grund genug für Protest und eine erneute Erwähnung der Gefährlichkeit und Unsinnigkeit solcher Verlade-spielchen.

Diesmal ging es darum, abgebrannte Brennstäbe aus einem DDR Forschungsreaktor bei Dresden ins Zwischenlager Ahaus (in Nordrhein Westfalen in der Nähe Belgiens) zu bringen. Dies geschah jeweils über die Autobahn und mit mehreren Tausend Polizisten als Schutz. Vor wenigen Jahren wurde von Bundesamt für Strahlenschutz noch gesagt, Autobahntransporte seien zu gefährlich und daher verboten. Sie sind es auch immer noch, so lange Wirtschaftlichkeitsfaktoren nichts anderes behaupten. Wie überflüssig dieser Castor wieder einmal war, zeigt schon die Tatsache, dass die Wellblechhütten in Dresden und Ahaus, in denen der Atommüll gelagert wird, praktisch baugleich sind.

Der Transport an sich schien re-

gelrecht bürgerkriegs-ähnliche Züge anzunehmen: Jede Brücke, jeder Rastplatz war überwacht, Einsatzhundertschaften fuhren links und rechts Spalier, Wasserwerfer und schweres Räumgerät vorneweg, Flutlichter in Ahaus, Spitzel und Hundestaffeln im Wald von Kamen, Helikopter mit Wärmebildkameras und Polizei mit gezogener Waffe im Unterholz parallel zur Autobahn. Und trotzdem: Auf der gesamten Strecke gab es bei jedem der drei Transporte vielfältigste Widerstandsaktionen. Mehrmals (vor allem im Bereich Kamen) wurde der Castor kurze Zeit gestoppt. Der Transport wurde angehalten, verzögert, gestört und musste kurz vor Ahaus auf Feldwege ausweichen, da alle Zufahrtsstraßen blockiert waren. Und wie immer war der Widerstand umsichtig, wurden weder Unbeteiligte noch die Polizei in Gefahr gebracht.

Ein Erfolg also? Mitnichten. Trotz „Atomausstieg“ wird es noch mindestens 30 Jahre lang Atomtransporte durch Deutschland geben und neuer Müll produziert werden. Wenn die CDU an die Macht kommen sollte, gar noch länger. Ohne dass irgendwer weiß wohin mit dem Atommüll. Im bisher letzten, absolut sicheren Endlager, Asse, das vor 25 Jahren versiegelt wurde und ein Salzbergwerk ähnlich dem Gorlebener ist, dringt nun eine Wasserader unbekanntem Ursprungs ein. Eine Neuversiegelung des Stollens ist zeitlich nicht mehr mög-



lich und eine Rückholaktion des nuklearen Abfalls zu teuer, weshalb die Radioaktivität nun „kontrolliert“ dem Grundwasser zugeführt werden soll.

Hierin zeigt sich einmal wieder: sichere Lager sind eine Lüge. Der Staat übernimmt Kosten und Risiken von Transporten um die privatwirtschaftliche Atomindustrie zu fördern und Atomstrom bezahlbar zu machen. Menschen werden prophylaktisch in Gewahrsam genommen, ohne auch nur ein Gesetz gebrochen zu haben. Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit werden großflächig außer Kraft gesetzt, da ökonomische Interessen überwiegen. Seit Bündnis90/Die Grünen sich auf der Regierungsbank sonnen, ist die Hoffnung der Anti-Atom-Bewegung, auf die Parlamentarier setzen zu können, geschwunden. Widerstand muss wieder aus eigener Kraft organisiert werden; vielfältiger, kreativer, außerparlamentarischer, mutiger und entschlossener Protest ist nötig. Nicht nur beim Gorleben Castor im November, sondern bei allen Atommülltransporten.

Studentisches und universitäres Engagement in diesen Fragen – ob nun der Umstieg auf Ökostrom oder Forschung im Bereich regenerativer Energien – ist unerlässlich.

## Soli-Anzeige aus dem Göttinger Tageblatt vom 25.6.

Am 8. Juni 2005 wurde Ahmed Saado aus Ossenfeld im Landkreis Göttingen in Abschiebehaft genommen. Das massive Vorgehen der Polizei bei der Verhaftung von Ahmed Saado, der nachweislich suizidgefährdet ist, mündete in einer Rangelei zwischen Polizei, UnterstützerInnen und der verzweifelten Familie, die in panischer Angst um das Leben des Vaters und die gemeinsame Zukunft war. Dies wurde zeitweise ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gestellt, Gerüchte und Verdächtigungen wurden geschürt.

Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der Familie müssen vor Gericht geklärt werden. Ahmed Saado, der mit seiner Familie aus dem Libanon geflohen ist, lebt seit über 20 Jahren in der Bundesrepublik - davon 17 Jahre in Ossenfeld bei Göttingen. Vier seiner sieben Kinder wurden hier geboren. Wir halten es für unverantwortlich, die Familie, die hier ihren Lebensmittelpunkt hat, durch eine Abschiebung des Vaters in die Türkei auseinander zu reißen. Ahmed Saado hat keinerlei Verbindungen in die Türkei und stünde dort vor dem sprichwörtlichen Nichts.

Wir solidarisieren uns hiermit ausdrücklich mit Ahmed Saado und seiner Familie! Wir stellen uns entschieden gegen die Versuche der Behörden, durch Kriminalisierung und Vorverurteilungen diese Solidarität zu verhindern. Wir fordern die Freilassung von Ahmed Saado aus der Abschiebehaft und ein Bleiberecht für ihn und seine Familie, sowie eine politische Lösung für die übrigen von Abschiebung bedrohten staatenlosen LibanesInnen. Familie Saado hat ein Recht auf eine dauerhafte Lebensperspektive, die es nur für die ganze Familie und nur hier, wo sie zu Hause sind, geben kann! **Weitere Infos:** [www.abschiebemaschineriestoppen.de](http://www.abschiebemaschineriestoppen.de)



## Persionen des Parlamentarismus

*Persionen des Parlamentarismus*

### Keine Solidarität, keine Diskussion

Auf der Studierendenparlamentssitzung (StuPa) vom 11.05.2005 brachte die Grüne Hochschulgruppe einen Antrag ein, mit dem sich das StuPa solidarisch mit den Hamburger Studierenden erklären sollte.

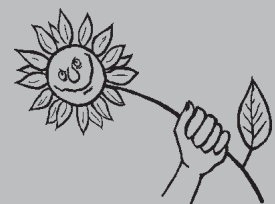
Was war passiert? Im Rahmen des Nordnetzes – an dem sich der Göttinger AStA (Exekutive der Studierendenvertretung) nicht beteiligt – vernetzen sich norddeutschlandweit nahezu alle anderen Unis im Kampf gegen Studiengebühren. Auch in Hamburg wurde am 9. Mai friedlich gegen die Einführung von Studiengebühren protestiert. Trotz des gewaltlosen Auftretens der DemonstrantInnen prügelte die Polizei ohne Vorwarnung auf die Studierenden ein, verdrehte ihnen die Arme und schlug in die Gesichter. Dieses Vorgehen war so krass und unverhältnismäßig, dass Politiker und Medien sich entsetzt dagegen aussprachen (es wurde gemutmaßt, die Polizei übe hier für Hooligan-Einsätze bei der WM).

Da ein solcher Einsatz theoretisch in jeder Stadt in der protestiert wird möglich ist, sandten ASten und Studierendenvertretungen aus der ganzen Republik Solidaritätserklärungen, in denen sie sich gegen eine Kriminalisierung der friedlichen Proteste aussprachen. Nur aus Göttingen kam nichts.

Die von der GHG eingebrachte Solierklärung – durch die keine Kosten entstehen und die bereits von den Unis Braunschweig und Hildesheim verabschiedet wurde – hat das StuPa mit den Stimmen der ADF abgelehnt. Es gab weder eine Diskussion, noch Nachfragen, noch Bedarf nach inhaltlichen Klärungen und auch keine Gegenvorschläge Die ADF war einfach still. Als es zur Abstimmung kam stellte sich ein Mitglied des AStA in die erste Reihe, schwenkte vor der Fraktion die Arme und das stumme Stimmvieh gehorchte: die Hände wurden zum „nein“ gehoben. Göttingen spaltete sich als eine der einzigen Unis ein weiteres mal vom Norddeutschland- und bundesweiten Studiengebührenprotest ab. Erst Wochen später gab es eine peinliche, allgemein gehaltene Erklärung des AstAs (nicht des StuPas), die keinen Bezug zu Hamburg setzte, die Göttinger Studierenden spalten sollte und in den Medien nicht mehr wahrgenommen wurde.

### Alles in Ordnung oder Zeit, was zu verändern?

Treffen der GHG jeden Dienstag,  
20 Uhr im AStA-Sitzungssaal,  
1. Stock, Goßlerstraße 16a  
4997472 (Karolina)  
[info@ghg-goettingen.de](mailto:info@ghg-goettingen.de)



**Grüne Hochschulgruppe Göttingen (GHG)**

Alle Texte und aktuelle Infos im Netz unter:  
[www.ghg-goettingen.de](http://www.ghg-goettingen.de)